das rote blatt
für den besseren Durchblick
Ausgabe 1/2011 März 2011
zeitung der dkp - der deutschen kommunistischen partei - darmstadt/dieburg/bergstrasse

Kommunalwahl 2011

Friede den Hütten - Krieg den Palästen!

Die KandidatInnen der DKP werden auf Seite 3 vorgestellt.

Sie werden sich sicher fragen, was das in der Überschrift verwendete Zitat Georg Büchners mit den Ende März stattfindenden Kommunalwahlen zu tun hat.
Es stammt aus einer 8-seitigen Flugschrift gegen die sozialen Missstände dieser Zeit, besser bekannt als "Hessischer Landbote". Die ersten Exemplare der Flugschrift wurden in der Nacht zum 31. Juli 1834 heimlich im Großherzogtum Hessen-Darmstadt verteilt. Das Grundmotiv dieser Streitschrift, das sich als roter Faden durch den gesamten Text zieht, ist die Verbindung dieses Zitates mit der Auflistung von Zahlen über die (hohen) Steuereinnahmen und (sinnlosen) Ausgaben des Großherzogtums Hessen.
Die angegriffene Obrigkeit reagierte heftig auf das Erscheinen des Flugblattes. Büchner wurde steckbrieflich gesucht, konnte aber 1835 über die französische Grenze nach Straßburg fliehen. Georg Büchner starb am 19. Februar 1837 im Beisein seiner Braut und des Ehepaares Schulz. Er wurde auf dem Stadtzürcher Friedhof "Krautgarten" auf dem Zeltberg beerdigt.

Und heute?
Georg Büchner ist wieder "in". Ruth Wagner (FDP), ehemalige hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst will 2012 und 2013 zu Gedenkjahren an Georg Büchner machen. Die Büchner-Gedenkjahre, die

Georg Büchner

Wagner in einem Antrag der Stadtverordnetensitzung in Darmstadt am 18. März vorschlägt, sollen zahlreiche Institute einbeziehen.
Haben die FDP und andere bürgerliche Parteien ihr Herz für "Revolutionäre" entdeckt? Sicherlich nicht. Sie versuchen Büchner als Vordenker des bürgerlichen Vormärz zu vereinnahmen, seinem Werk aber den darüber hinaus weisenden revolutionären Charakter zu rauben. Denn die Hütten und Paläste haben zwar ihr Aussehen und ihre Erscheinungen verändert, aber wer sich Mühe gibt kann sie auch heute noch erkennen.

Hütten ...
Wohnen ist ein elementares Bedürfnis. Aber gleichzeitig ist die Wohnung Ware, Rechts- und Spekulationsobjekt. Da macht auch der "städtische" Bauverein keine Ausnahme. Das Unternehmen plant den Abriss aller Mietwohnungen in der Oppenheimer Straße und möchte dort statt dessen schicke Reihenhäuser errichten und deren Wohnungen für hohe Preise an eine zahlungskräftige Klientel verkaufen. Niemand der jetzigen Bewohnerinnen und Bewohner wird sich den Kauf leisten können. Ebenso verhält es sich mit den Häusern in der Binger Straße, Einmündung Oppenheimer Straße, bei denen gerade der Umbau beginnt. Auch dort vernichtet der Bauverein günstige Mietwohnungen und will an deren Stelle Eigentumswohnungen errichten. Wenn die Bewohnerinnen und Bewohner dort leben bleiben möch-

> Seite 2

Inhalt

Aktuelles

Kommunalwahl 2011 1
KandidatInnen der DKP 3
Forderungen der DKP 4
Das Gespenst geht um 5
Lob des Kommunismus 6
Nein! zur Schuldenbremse 7

Rubriken

Impressum 6
Termine/Vorankündigungen 8

> *Fortsetzung von Seite 1*

ten können sie diese dann zu Höchstpreisen bis zu 260.000 Euro erwerben. Wer von ihnen kann sich solche Wohnungen leisten?

... und Paläste

Der Umbau der Häuser in der Gießener- und Mollerstraße führte schon vor einigen Jahren dazu, dass von den ursprünglichen Mietern nur noch ein einziger nach den Arbeiten wieder zurückgezogen ist. Die Mieten wurden drastisch erhöht. Das Gleiche passierte nach den Umbauten in der oberen Holzhofallee. Auch dort kann sich kaum einer der alten Mieter die jetzigen teuren Mieten noch leisten. Gespannt sein darf man auch über die weitere Entwicklung der so genannten Konversionsflächen, den ehemaligen Kasernengeländen der US-Armee. Sozialer Wohnungsbau, preiswerte Wohnungen oder Villen?

Hütten ...

Im Darmstädter Stadtteil Kranichstein konzentrieren sich eine ganze Reihe gesellschaftlicher Widersprüche und sozialer Probleme. Obwohl das Projekt "Soziale Stadt" in den letzten Jahren durchaus positive Entwicklungen verbuchen konnte, bleiben grundlegende Probleme ungelöst. Im jüngst veröffentlichten "Sozialatlas" des Darmstädter Magistrates ist zu lesen, dass die Bezirke Kranichstein Nord und Süd "unter dem Fokus der sozio-ökonomischen Situation der Bevölkerung hoch belastet" sind. Dies bezieht sich auf den dort ermittelten "Sozialindex". Für den Sozialindex gilt grundsätzlich: Je höher der Sozialindex, desto ausgeprägter die sozialen Probleme und um so dringlicher der besondere Entwicklungsbedarf in dem betroffenen Stadtviertel.
Aufschwung? Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Hartz IV erhalten, ist im wesentlichen konstant geblieben, die Zahl nicht erwerbsfähiger Hilfsbedürftiger (Menschen in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahren oder gesundheitlich eingeschränkte Menschen) ist sogar gestiegen.

... und Paläste

Ungeachtet der Haushaltslage der Stadt Darmstadt leistet man sich das irrationale Prestigeprojekt eines Wissenschafts- und Kongresszentrums, das nicht ohne Grund nach dem in Darmstadt entdeckten äußerst kurzlebigen und prinzipiell instabilen Element Darmstadtium benannt wurde.
Dieser laut Eigenwerbung "elitäre Solitär" kommt die Darmstädter in vielfacher Hinsicht teuer zu stehen. Nicht nur die exorbitanten Baukosten von über 80 Millionen Euro müssen von ihnen durch den Verkauf städtischen Eigentums und die Aufnahme neuer Schulden aufgebracht werden, sondern auch das bis heute bekannte jährliche Defizit von fast 4 Millionen Euro.
Diese Summe soll nun weitgehend von denjenigen bezahlt werden, die wenig bis gar nicht vom Darmstadtium profitieren werden, weil sie sich einen Besuch dieses elitären Bauwerkes nicht werden leisten können.

Man könnte diese Liste beliebig fortsetzen. Hütten und Paläste lassen sich in der Kinder- und Jugendpolitik oder der Sozialpolitik finden. Es gibt heute glücklicherweise keinen Großherzog mehr, aber so mancher ehemalige Oberbürgermeister ist ebenso aufgetreten und hat der Nachwelt das eine oder andere "Denkmal" hinterlassen. Georg Büchner wäre, hätte er heute gelebt, ein bevorzugtes Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes gewesen. Kommunisten können davon ein Lied singen.

Auch bei den Kommunalwahlen gilt daher: Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Mitglieder der DKP kandidieren auf der Liste der Partei Die LINKE

Liste 5 - Die LINKE - wählen! Kommunisten ins Parlament!

Liste 5

Kommunistinnen und Kommunisten auf der Liste der Partei Die Linke - Liste 5

Werner Krone
68 Jahre, Bauingenieur, aktiv in der BI ONO

Rainer Keil
50 Jahre, Fernmeldehandwerker, ehem. Stadtverordneter, aktiv in ver.di

Dagmar Kern
56 Jahre, Altenpflegerin, Schwerpunkt Sozialpolitik

Dieter Steinmeyer,
72 Jahre, Postpensionär

Erika Rieger,
62 Jahre, Chemikerin

Falk Prahl
55 Jahre, Dipl.-Betriebswirt, Schwerpunkt Gewerkschaftspolitik

Trutz Schadt
68 Jahre, Oberstudienrat i.R., Schwerpunkt Bildungs- und Schulpolitik

Michael Nickel,
45 Jahre, Altenpfleger, Schwerpunkt Erwerbslosenarbeit

Statt Milliarden für die Banken - Millionen für die Kommunen! Die Profiteure und Verursacher der Krise sollen zahlen!

Finanznot der Städte und Gemeinden

Fast jede Stadt und jede Gemeinde in Hessen stöhnt unter der Finanznot und der Schuldenlast. Seit Jahren finden so genannte Haushaltskonsolidierungen statt mit gravierenden Folgen für die Bevölkerung:

- Gebühren-, Abgaben-und Steuererhöhungen (hier besonders die Grundsteuer B, sie betrifft Mieter und kleine Hausbesitzer)
- Steigender Druck zu Privatisierungen ("Verscherbelung des Tafelsilbers").
- Leistungsabbau bis hin zu Schließungen von z.B. Bibliotheken und Schwimmbäder, Schlaglöcher in den Straßen und auf Fahrradwegen
- Personalabbau, dort wo Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden.
- Offene und schleichende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.
- Verschärfung der Sparorgien auf Kosten der sozial Ausgegrenzten, der Arbeitslosen und unteren Einkommensbezieher durch den CDU/FDP-Plan der Schuldenbremse
- Massive Mieterhöhungen öffentlich geförderter Wohnungen nach Beendigung der Sozialbindung
- Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme

Rendite-Hai bei der DGB-Demo "Wir zahlen nicht für Eure Krise" 2010 in Bensheim

Die Ursachen:

Seit Jahr und Tag betreiben SPD/Grüne, CDU/SPD oder CDU/FDP eine Politik der Steuergeschenke für Banken und Konzerne, zulasten der arbeitenden Bevölkerung und nicht zuletzt auch zulasten der Städte und Gemeinden.

Übertragen von immer mehr Leistungen an die Kommunen, ohne finanzielle Leistung durch Bund und Land (z.B. Kinderbetreuung)

Privatisierung öffentlicher Aufgaben und damit verbunden die Verteuerung der Dienstleistungen Absenkung des Lohnniveaus

Personalabbau

Profitmaximierung

Der Steigerung der Rüstungsausgaben (u.a. im Zuge der neuen NATO Strategie festgeschrieben)

Auszug aus der hessischen Verfassung

Art. 137 [Kommunale Selbstverwaltung]

(1) Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung die ausschließlichen Träger der gesamten örtlichen öffentlichen Verwaltung

(5) Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten-und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

Die DKP Hessen fordert:

Entsprechend der Hessischen Verfassung sind den Kommunen die für ihre Arbeit notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen

Keine weitere Privatisierung öffentlicher Betriebe und

> Seite 5

> Fortsetzung von Seite 4

Dienstleistungen mit dem Ziel privater Profitmaximierung.
Re-Kommunalisierung bereits privatisierter Betriebe, die dann einer öffentlichen Kontrolle zu unterstellen sind.
Keine Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung.
Den Hartz-IV-Empfängern, Erwerbslosen und vor allem Kindern aus den in Armut lebenden Familien den Zugang zu Bildung, Sport und Kultur zu ermöglichen. Dies muss unter Vermeidung möglicher Stigmatisierung geschehen. Grundsätzlich gilt jedoch Weg mit Hartz-IV!
Den Ausbau von Ganztagsschulen mit kostenfreiem Mittagessen. Gute Bildung darf nicht zum Privileg der Reichen werden.
Bedarfsgerechte Aufstockung der Krippen und Kindergarten/-hortplätze - Bezahlung der dortigen Mitarbeiter entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.
Den Erhalt von Büchereien, Schwimmbädern, Theatern und Kleinkunstbühnen und den Verzicht auf überdimensionierte Prunkbauten und Anlagen.
Bezahlbaren kommunalen Wohnraum, denn Wohnen ist ein Grundrecht!
Mehr öffentliche und demokratische Mitbestimmung und Kontrolle in den Kommunen.
Zinsmoratorium für Kommunen

Art. 59 [Unterrichtsgeld-und Lernmittelfreiheit; Zugang zu Schulen und Hochschulen]
(1) In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muss vorsehen, dass für begabte Kinder sozial Schwächergestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind. Es kann anordnen, dass ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder der sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet.
(2) Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.

Zur Finanzierung fordert die DKP - Die Verantwortlichen und Profiteure der Krise sollen zahlen

- Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle der Banken und Finanzinstitute entsprechend der Hessischen Verfassung.
- Gewinnbesteuerung, gemessen an Umsatz und Produktivität.
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes.
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- Verbot von Spekulationsgeschäften.
- Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Kürzung des Rüstungshaushaltes um vorerst 20%

Das Gespenst geht um ...

Kommunisten fressen kleine Kinder
Das glaubt heute niemand mehr. Aber dennoch gibt es eine ganze Reihe hartnäckiger Vorurteile, die in den Medien über Kommunisten verbreitet werden. Höchste Zeit, einmal einige von ihnen etwas genauer unter die Lupe zu nehmen:

Kommunisten sind unbelehrbar
Da ist was dran. Von denen, die Arbeitsplätze abbauen, Löhne drücken und Kriege anzetteln, lassen wir uns einfach nicht belehren. Wohl aber von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von der politischen Praxis. Und deswegen wird in der DKP oft diskutiert, dass die Fetzen fliegen.

Kommunisten nehmen der Oma ihr kleines Häuschen weg
Grundfalsch. Machen wir garantiert nicht. Das machen die Sparkassen und Banken. Und deswegen wollen wir denen eins auf die Finger geben, damit die Oma ihr kleines Häuschen behält.

Kommunisten schielen doch auch nur darauf, über die Politik an einträgliche Pöstchen zu kommen
Ebenfalls daneben. Wir sind rot, nicht grün oder rosa. Wer Kommunist wird, hat eher die Chance, aus politischen Gründen im Knast zu landen als dicke Gelder und Diäten zu kassieren. Wer gesellschaftliche Karriere machen will, sollte besser die Finger von der DKP lassen.

In der DKP gibt es keine Demokratie, der Parteivorstand entscheidet letztlich alles
Auch verkehrt. Die DKP ist demokratisch, unsere Mitgliederversammlungen sind öffentlich, alle Vorstände und Parteitagsdelegierten werden gewählt. Bei Kommunisten ist es aller-

> Seite 7

Lob des Kommunismus

Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.
Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen.
Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm.
Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.
Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.
Die Ausbeuter nennen ihn ein Verbrechen.
Aber wir wissen:
Er ist das Ende der Verbrechen.
Er ist keine Tollheit, sondern
Das Ende der Tollheit.
Er ist nicht das Chaos
Sondern die Ordnung.
Er ist das Einfache
Das schwer zu machen ist.

Bertolt Brecht

uz - Pressefest 2011

Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom 24.-26. Juni 2011 in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressefest - Volksfest der DKP statt. Es ist das 17. Fest, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind inzwischen zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden.

Anmelden über diesen Kontakt

Impressum

DKP Darmstadt * Dieburg * Bergstraße
LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: +49 6151 788407
Fax: +49 6151 788406
eMail: info@dkp-darmstadt.de
URL: http://www.dkp-darmstadt.de

Spendenkonto:
107 562 62 bei der SEB Bank Offenbach (BLZ: 505 101 11)

Hessische Verfassung anwenden statt ändern! Schuldenbremse? Nein Danke!

Die von der CDU/FDP geführte hessische Landesregierung will sich ausgerechnet mit einer Volksbefragung zur Verankerung einer Schuldenbremse in der hessischen Verfassung ein demokratisches Mäntelchen umhängen. Dabei handelt es sich um eine populistische Irreführung der Bevölkerung, denn es geht einzig darum, von den eigentlichen Problemen und Verursachern der aktuellen Krise abzulenken, die Masse der Bevölkerung und hier vor allem die sozial Schwachen, die Kinder, die Schüler und Studenten sollen die Zeche zahlen, während die Banken und Vermögenden weiterhin geschont werden.

Sozialer Kahlschlag und kein Ende

In unserem reichen Land werden immer mehr soziale Errungenschaften zur Disposition gestellt, weil für Soziales und dringend notwendige infrastrukturelle Maßnahmen angeblich kein Geld mehr da ist. Die Regierenden in Wiesbaden (wie in Berlin) berufen sich dabei im Gleichklang mit Unternehmerverbänden auf ein angebliches "Diktat der leeren Kassen". Die Mehrheit der Bevölkerung wird weiter belastet. Wie wenig leer die Staatskassen indessen sind, zeigt sich, wenn marode Banken und Konzerne auf Verlangen prompt Zusagen in Milliardenhöhe erhalten und für immer mehr ausländische Kriegseinsätze Geld stets vorhanden ist.

Die Macht der Banken und Konzerne brechen

Großkonzerne, Rüstungsindustrie und Banken treiben die Durchsetzung ihrer Profitinteressen gegen die Mehrheit der Bevölkerung egoistisch und aggressiv voran. Die kriminelle Energie von Managern in Vorständen und Aufsichtsräten kennt dabei keine Grenzen. Schamlos bereichern sie sich an den Werten, die von der arbeitenden Bevölkerung geschaffen wurden. Auf ihre politischen Sachwalter in Hessen können sie sich dabei verlassen. Das System Koch/Bouffier, seine CDU und mittlerweile die FDP im Schlepptau, betreiben dieses Geschäft auf Kosten der Bürger seit Jahren.

Die DKP Hessen ist der Auffassung, dass die hessische Verfassung schon heute genügend Möglichkeiten bietet, die Verursacher der aktuellen Finanzkrise - die Banken und Konzerne - zur Verantwortung zu ziehen.

Artikel 38
[Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung]

Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Er-

> Seite 8

> Fortsetzung von Seite 5

dings nicht üblich, sich aus persönlichem Ehrgeiz in politische Ämter zu drängen. Und wenn wir mit einer Vorstandsentscheidung unzufrieden sind, dann sagen wir das auch. Und wer den Quatsch aufgebracht hat, Kommunisten seien autoritär und diskussionsunfähig, ist uns schleierhaft. Bei uns wird so lange diskutiert, bis ein gemeinsamer Beschluss gefunden ist. Und jedes Parteimitglied vertritt diesen Beschluss nach außen. Basta!

Kommunisten sind von gestern

Aber klar doch. Die kommunistische Bewegung ist jetzt über 150 Jahre alt. Seitdem stehen wir in fast allen Ländern dieser Welt an der vordersten Front: in sozialen Bewegungen, bei Streiks und wenn es nicht anders geht, auch in bewaffneten Aufständen. Seit 150 Jahren überprüfen wir immer wieder unsere Standpunkte und analysieren die gesellschaftliche und politische Entwicklung. Nur weil wir von "gestern" sind, können wir aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrung die Probleme von heute erfassen und nach Gegenwehr suchen.

Die DKP lehnt den Parlamentarismus ab - Die DKP setzt auf den Parlamentarismus

Also was denn jetzt? Bürgerliche Politiker und Journalisten werfen uns vor, wir seien gegen den Parlamentarismus. Anarchisten und halbintellektuelle Tresen-Linke hingegen beschuldigen uns, wir seien für den Parlamentarismus. Noch einmal: Für uns ist die Arbeit in Parlamenten ein Aspekt des politischen Kampfes - gesellschaftliche Veränderungen lassen sich letztlich nur durch die Aktivität der Bevölkerung durchsetzen. Und deswegen setzen wir auf die außerparlamentarische Bewegung. Und wenn wir meinen, politisch etwas bewegen zu können, schrecken wir auch vor einer Kandidatur zu Wahlen nicht zurück.

Ist ja ganz nett, was die Kommunisten wollen, aber leider nicht realisierbar

"Seien wir realistisch. Versuchen wir das Unmögliche!" sagte Che Guevara. Wenn die kubanischen Revolutionäre sich dieses Vorurteil zu eigen gemacht hätten, würden die Enkel des Diktators Batista immer noch Kuba ausbeuten, Havanna wäre immer noch der Puff der USA, und die Zuckerrohrarbeiter würden immer noch hungern. Vor Rückschlägen kann die Menschheit nie sicher sein - dass Veränderungen aber möglich sind, zeigt die Geschichte der Revolutionen. Und wir lernen aus unseren Fehlern!

> Fortsetzung von Seite 7

gebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.

Artikel 39.:
[Missbrauch wirtschaftlicher Macht; Sozialisierung]
Jeder Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung und zu politischer Macht - ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheiten in sich birgt, ist auf Grund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen. Soweit die Überführung in Gemeineigentum wirtschaftlich nicht zweckmäßig ist, muss dieses Vermögen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen unter Staatsaufsicht gestellt oder durch vom Staate bestellte Organe verwaltet werden.

Banken in Gemeineigentum überführen
Artikel 40
[Gemeineigentum]
Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen Rechtsträgern zustehen, welche die Gewähr dafür bieten, dass das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtzusammenballungen vermieden werden.

Artikel 41
[Sozialisierte Unternehmen]
Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden
1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohle, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen -und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,
2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

Nicht eine Bankenabgabe oder eine Spekulationssteuer sind das Gebot der Stunde, sondern die Umsetzung der hessischen Verfassung und damit die Überführung der Banken in demokratisch kontrolliertes Gemeingut. Danach könnten die Banken für die Kommunen und andere öffentliche Haushalte z.B. in einem ersten Schritt ein Zinsmoratorium beschließen, welches den kommunalen Haushalten wieder etwas finanziellen Spielraum verschaffen könnte.

Deshalb sollte die Bevölkerung in Hessen gegen die Aufnahme einer "Schuldenbremse" in die Hessische Verfassung stimmen und sich für die Umsetzung der genannten Verfassungsartikel engagieren.

Termine der Mitgliederversammlungen der DKP Darmstadt

Die DKP Darmstadt trifft sich monatlich montags im LinksTreff Georg Fröba in der Landgraf-Philipps-Anlage 32 in Darmstadt.
Hier die Termine:
28.3 / 18.4 / 23.5 / 20.6 / 18.7 / 29.8 / 26.9 / 24.10 / 21.11 / 19.12

Gäste sind wie immer herzlich willkommen

Hinweis zum Schluss:
Am 27. März Liste 5 wählen!
Am 27. März gegen die Schuldenbremse stimmen!

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Jetzt 10 Wochen testen!

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung "Unsere Zeit" für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo (bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name
Vorname
Telefon
Geburtsjahr
Straße
PLZ / Ort

UZ
Che würde UZ lesen !

CommPress Verlag GmbH * Hoffnungstraße 1 * 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 * www.unsere-zeit.de